

Bravo Macron! Gründung des Vereinigten Europas

Mir liegt die gestrige Rede Emmanuel Macrons nicht im Wortlaut vor. Ich kenne nicht alle seine Ausführungen zu den vielen Themen, lese Zeitung und höre Deutschlandfunk. Mein Bravo ist das Echo des informierten Bürgers, nicht des Experten. Bravo Macron! Endlich kommt der europäische Einigungsprozess wieder in Bewegung. Europa ist die Vision der im Frieden und kulturellen Austausch zusammenwachsenden Schar von europäischen Nationen zu einer neuen gemeinsamen Identität, dem Europäer. Offene Grenzen nach innen, Freihandel und enge Kooperation, wie neuerdings zwischen Alstom und Siemens in der Transrapidtechnologie, erzeugen Wohlstand und Stärke in einer zunehmend polyzentrischen Welt. Das Etappenziel, die Gründung eines vollwertigen Staates, rückt mit Macrons mutiger Rede näher. Dorthin geht die Reise. Wohin sonst?

Häuser sollten nicht auf Sand gebaut werden und freie Staaten nicht auf tönernen Füße gestellt. Das Fundament eines europäischen Staates muss die Demokratie sein. Nein, Europa ist heute keine Demokratie. Im Kern beruht eine liberale Demokratie auf den Ideen der Bürgersouveränität und der Herrschaft des Rechts. Im Wahlakt übertragen die Bürger den Abgeordneten das Mandat zur Machtausübung. Nur darum sind sie zur Erlassung von Gesetzen berechtigt. Das Parlament ist die oberste Gewalt, die wiederum die beiden weiteren, Exekutive und Judikative, einsetzt. Die Macht von Richtern und Justizvollzug legitimiert sich auf diese Weise oder gar nicht. Der Gesellschaftsvertrag wird implizit zu jeder Legislaturperiode aufs Neue bekräftigt. Im Zentrum einer europäischen Staatsgründung muss daher die Einsetzung eines Europaparlaments mit Gewaltbefugnissen stehen. Macrons Zentralisierungspläne setzen ein gewaltbefugtes durch Wahlen legitimiertes gemeinsames Parlament voraus. Wie sollen denn gemeinsame Streitkräfte funktionieren, wenn die potenziellen Gegner damit rechnen können, dass die Bürger vor den Konsequenzen zurückschrecken? Es ging im alten Österreich-Ungarn der Witz: „So ein schönes Militär ham wir gehabt. Und was habens gmacht? In Krieg hams gschickt!“ Die europäischen Streitkräfte müssen nicht nur zuschlagen können, sondern auch dürfen.

Gemeinsame Streitkräfte und ein gemeinsames Finanzministerium müssen durch das Europaparlament legitimiert, kontrolliert und geframet werden. Streitkräfte brauchen einen Oberbefehlshaber, und ein gemeinsamer Haushalt erfordert einen Finanzminister. Sollen zentrale Einrichtungen geschaffen werden, braucht Europa auch eine Zentralregierung und eine Verfassung, die nationales Recht unterordnet. Die Logik liberaler Demokratien erfordert dies, doch werden die europäischen Länder es wollen? Das hängt vom Zugschnitt des Zentralstaates ab, davon, welche Kompetenzen zentralisiert werden und welche weiterhin föderal geregelt werden. Macron legte den Schwerpunkt auf gemeinsame Streitkräfte und Außenverteidigung, gemeinsame Grenz- und Asylregelungen. Genau richtig. Viel mehr sollte es auch nicht sein. Mehr wäre zuviel.

Die Entwicklungsniveaus der europäischen Volkswirtschaften (BIP pro Kopf) sind extrem unterschiedlich. Setzt man den EU-Durchschnitt mit 100 erreicht Deutschland 123 und Rumänien 59 Punkte. Der Versuch einer schnellen Nivellierung der Lebensstandards würde scheitern und das Projekt zu Fall bringen. Wir müssen damit leben, dass sich die Unterschiede nur in Jahrzehnten ausgleichen können und niemals ganz gleich werden. Auch innerhalb Deutschlands bestehen erhebliche Unterschiede zwischen Baden-Württemberg und Thüringen. Wo Wachstum ist, entsteht unvermeidbar Ungleichheit. Es kommt darauf an, dass alle Kooperationspartner von der Zusammenarbeit profitieren. Die Zusammenarbeit muss sich jeweils relativ auszahlen, um die Menschen zu stimulieren und ihnen Hoffnung zu verleihen. Darum darf es keine übermäßigen Umverteilungen und keinen regulären Schuldenausgleich der heutigen Staatsfinanzen geben. Jedes Land und jedes Gebiet muss sich selbst ernähren. Nicht Umverteilung ist die Quelle des Wohlstands, sondern Arbeitsteilung und Handel, Sparen und Investieren. Daher kann es auch keine Zentralisierung der Fürsorge geben. Auch das Existenzminimum beziffert sich in Rumänien auf 59, in Deutschland auf 123 Prozentpunkte bezogen auf den EU-Durchschnitt. Eine umlagenfinanzierte Sozialhilfe in Rumänien auf deutschem Niveau wäre der Brandbeschleuniger für die antieuropäischen Querfront.

Unter diesem Vorbehalt müssen wir der Zentralisierungsidee Macrons zustimmen, andernfalls die europäische Idee aufgeben. Danken wir Macron, dass er die Erstarrung durchbrochen hat und mutig nach vorne sieht. Unser Blick geht auf neue Horizonte, und was wir sehen macht uns Hoffnung. Dies ist die richtige Antwort auf das Anschwellen des Populismus, des Symptoms der Verzweiflung. Wo Hoffnung ist, hat dieser ausgespielt.